

Herrn
Landesrat
Stefan Kaineder
Promenade 37
4021 Linz

Linz, am 8. Oktober 2025

Schriftliche Anfrage der Landtagsabgeordneten Ing. Erich WAHL, MBA und Mag. Tobias HÖGLINGER an Landesrat Stefan KAINEDER betreffend Donaubrücke Mauthausen

Sehr geehrter Herr Landesrat!

Das laufende Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht verzögert den Baustart für die neue Donaubrücke Mauthausen. Laut aktuellen Medienberichten beurteilt ein vom Gericht in Auftrag gegebenes Gutachten, anders als die Fachgutachten der Projektwerber im UVP-Verfahren, den Schutz des Lebensraums des Mittelspechts als nicht gewährleistet. Bereits im September hat das Gericht in einer Klarstellung den Landesbehörden in Oberösterreich und Niederösterreich im UVP-Verfahren mangelhafte artenschutzrechtliche Beurteilungen vorgeworfen.

1. Die Länder Ober- und Niederösterreich sind gemeinsam Projektwerber. Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit im UVP-Verfahren und waren dabei oberösterreichische Expert:innen in den vor allem auf niederösterreichischer Seite relevanten Umwelt- und Naturschutzfragen im Wege der Amtshilfe unterstützend tätig?
2. Seit wann wissen Sie von den Unzulänglichkeiten in den Unterlagen zum UVP-Verfahren und welche Maßnahmen haben Sie als zuständiger Referent bisher getätigt, um das Verfahren voranzutreiben?
3. Welche konkreten Gutachten werden vom Bundesverwaltungsgericht als mangelhaft eingestuft?
 - a. Handelt es sich dabei um Gutachten von Amtssachverständigen des Landes Oberösterreich, des Landes Niederösterreich oder von extern Beauftragten?
 - b. Inwiefern war das Land Oberösterreich bei der Erstellung der mangelhaften Gutachten involviert bzw. hatte davon Kenntnis?

- c. Laut Ihrer Auskunft in der Landtagssitzung am 25. September 2025 beziehen sich die mangelhaften Gutachten ausschließlich auf Niederösterreich. Gibt es keine Einzelaspekte, die auch Oberösterreich betreffen?
4. Sollten Verfahrensversäumnisse von Seiten des Landes Niederösterreich passiert sein, welche Möglichkeiten bestehen, um negative finanzielle Folgen für das Land Oberösterreich abzuwenden?
5. Welche Lösungskonzepte schlagen Sie vor, um darauf hinzuwirken, dass der UVP-Bescheid vor dem Bundesverwaltungsgericht halten wird?

Mit freundlichen Grüßen

